



# Leere Knäste – hohe Kosten

## Die niedrige Zahl von Asylbewerbern befeuert die Diskussion um die Abschiebehaf

Von Tim Züch

In vielen Bundesländern sinken die Belegungszahlen in den Abschiebehafanstalten. Die Rechtfertigung für diese Zwangsinstitutionen entfällt damit zunehmend. Außerdem gibt es sinnvolle Alternativen.

Ein hauswanddickes, grünes Stahltor. Zwei Wärter kontrollieren Ausweis und Zugangsberechtigung. Auf dem Hof befinden sich ein Fußballplatz und ein Basketballfeld. Die asphaltierte, L-förmige und von meterhohen Betonmauern umgebene Fläche mit den beiden abgetrennten Sportplätzen ist menschenleer. Auf der rechten Seite im vierstöckigen Plattenbau befinden sich die Zellen; geradeaus – etwas kleiner – der Verwaltungsbereich.

169 Beamte der Polizei und Justiz versehen momentan in der Abschiebehafanstalt Berlin-Köpenick ihren Dienst. Sie bewachen die Pforte, organisieren Aufnahme und Entlassung von Häftlingen, bewachen die Etagen und den Einzelgewahrsam und stehen für Fahrten ins Krankenhaus und ähnliche Notfälle bereit.

Doch die Zahl der Inhaftierten sinkt seit Jahren. Für 214 Abschiebehäftlinge ist der Plattenbau in Berlin-Grünau, der zu DDR-Zeiten als Frauengefängnis diente, ausgelegt. Aber diese Zahlen werden seit Jahren nicht mehr erreicht. Zwischen 16 und 76 Personen schwankte die Zahl der Inhaftierten im letzten Jahr und ist weiter gesunken. Anfang Oktober dieses Jahres befand sich nur noch eine Inhaftierte – eine russische Frau – in Abschiebehaf. Auch wenn es mal mehr, mal weniger sind, der Trend ist eindeutig. Pater Ludger Hillebrand vom Jesuiten Flüchtlingsdienst ist Seelsorger in dem Knast. Zweimal in der Woche besucht er die Anstalt, geht in die Zellen, spricht mit den Gefangenen, freitags hält er den Gottesdienst ab. Für ihn ist die Situation mittlerweile bedenklich und unverhältnismäßig. Denn: Knapp eine Million Euro kostete der Betrieb des Betonklotzes das Land monatlich, wie Innensenator Frank Henkel (CDU) kürzlich auf eine Anfrage der Grünen im Abgeordnetenhaus mitteilte.

In Deutschland ist jedes Bundesland verpflichtet, Abschiebehafplätze vorzuhalten. Doch nicht nur in Berlin sinkt die Zahl der Inhaftierten. Bundesweit überlegen Landesregierungen, wie sie die teuren und überdimensionierten Betonklötze loswerden. Im rheinland-pfälzischen Ingelheim waren im September 2012 ganze drei Personen gleichzeitig inhaftiert, bewacht durch 38 Angestellte und fünf

Beamte. Als Hochsicherheitsgefängnis wurde Ingelheim konzipiert und 2001 neu gebaut. Eine fünf Meter hohe Betonmauer mit Stacheldraht umgibt die Haf. »In Beton gegossenen Zynismus« nennt es Roland Röder von der Aktion 3. Welt Saar. Seit Jahren kämpft er für eine Abschaffung von Ingelheim. Nun plant die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene-Alt (Grüne) eine Neukonzeption der Abschiebehaf. Bis 2016 solle der Knast geschlossen und eine neue Lösung gefunden werden, sagt sie.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Immer weniger Flüchtlinge erreichen überhaupt Deutschland. Seit 1994 sind die Asylbewerberzahlen von 167 000 auf 53 000 Antragstellungen im Jahr gesunken. Viele Häftlinge werden auch, gar nicht mehr in ihr Herkunftsland, sondern aufgrund des Dublin-II-Abkommens in andere europäische Länder abgeschoben.

Die Zahl der Asylbewerber steigt in den letzten Jahren zwar wieder leicht an, bewegt sich aber immer noch auf niedrigem Niveau. Daran ändern auch die aktuell gestiegenen Bewerberzahlen von serbischen Staatsbürgern nichts. Viele ehemalige Herkunftsländer für Asylbewerber sind mittlerweile Mitglied der Europäischen Union und des Schengenraums und ihre Bürger haben keine Notwendigkeit, einen Asylantrag zu stellen. Zum anderen sorgt seit knapp zwei Jahren eine neue Rückführungsrichtlinie der Europäischen Union für erhöhte Anforderungen an die Anordnung von Abschiebehaf. Die Ausländerbehörden müssen nun detailliert darlegen, wie sie die Ausreise eines inhaftierten erreichen wollen. Ein einfaches »Den nehmen wir mal in Haf und sehen dann weiter« gibt es nicht mehr.

Siegfried Pick vom AK-Asyl in Rheinland-Pfalz sieht noch einen anderen Grund: In Ingelheim zumindest sei man sehr erfolgreich, was die Beratung betrifft. Zusammen mit Anwälten und Anwälten erreiche man immer öfter die Freilassung der Abschiebehäftlinge. In Rheinland-Pfalz sorgte die Diskussion um eine Schließung des Gewahrsams Ingelheim mittlerweile für Streit unter den Flüchtlingsorganisationen. Hintergrund ist ein Papier von AK-Asyl und kirchlichen Verbänden, in dem sie Kriterien für eine Verbesserung der Abschiebehaf aufstellen. In dem Papier werde Abschiebehaf nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt, kritisierten der Saarländische Flüchtlingsrat, die Arbeitsgemeinschaft Frieden und die Aktion 3. Welt Saar scharf. Es scheine so, als solle Abschiebehaf beibehalten und nur verbessert werden, sagt Roland Röder von der Aktion



Der Abschiebeknast in Berlin-Köpenick  
Fotos: nd-Lange (o.)/Tim Züch (u.)

3. Welt Saar. Ein »jahrelanger Konsens«, dass Abschiebehaf abgeschafft gehören, werde so aufgekündigt.

Siegfried Pick vom AK-Asyl, Mitverfasser des Papiers, sieht sich nun in eine falsche Ecke gedrängt. »Ganz klar: Abschiebehaf ist Freiheitsberaubung und wir wollen sie abschaffen.« Wie es dann zu dem Papier kommen konnte, kann er auch nicht schlüssig erklären. »Viel leicht müssen wir uns demnächst noch einmal zusammensetzen und das Papier neu diskutieren«, sagte er.

Angesichts der niedrigen Inhaftiertenzahlen ist auch in Berlin die Diskussion um eine Schließung des Grün-

auer Abschiebeknastes im Bezirk Köpenick virulent. Innensenator Henkel sucht derzeit nach einer »wirtschaftlicheren Lösung« in Kooperation mit Brandenburg und der dortigen Abschiebehafanstalt in Eisenhüttenstadt. Eine Nutzung des neugebauten Flughafenknasts auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld sei nicht geplant, so Henkel.

In einer Zusammenlegung der Hafanstalten Brandenburg und Berlin sieht der Berliner Flüchtlingsrat keine gute Variante. Denn eine wahrscheinliche Verlegung nach Eisenhüttenstadt würde die Häftlinge völlig isolieren. Auch die Vertretung durch Anwälte ist in Eisenhüttenstadt enorm erschwert. »Welcher Anwalt nimmt für ein Mandantengespräch vier Stunden Fahrzeit in Kauf?«, fragt sich Martina Mauer vom Berliner Flüchtlingsrat.

Ludger Hillebrand sitzt mittlerweile in einem kargen Raum im Erdgeschoss der Abschiebungshaf Köpenick. Er stellt ein paar Stühle im Halbkreis auf und stellt einen kleinen Tisch mit Deckchen und Jesusbild in die Mitte. Später wird hier der Gottesdienst stattfinden. Sein Glaube gibt ihm Kraft, die teils drastischen menschlichen Schicksale, mit denen er hier in Berührung kommt, zu verarbeiten. Und er hofft, dass der Glaube auch den teilweise verzweifelten Menschen Kraft gibt. Für ihn gäbe es gute Alternativen zur Abschiebehaf. Alternativen, die in anderen europäischen Ländern bereits durchgeführt werden. So werde in Belgien versucht, speziell Familien mit Kindern zu überzeugen, freiwillig auszureisen. Beratungsangebote und Rückkehrhilfen seien dafür nötig. »Wenn man den Leuten vernünftig erklärt, dass rechtlich nichts mehr zu machen ist, dann gehen viele freiwillig«, so Hillebrand. Dies sei auch das Ergebnis einer aktuellen Studie des Jesuiten Flüchtlingsdienstes. Abschiebehaf hingegen mache krank.

Allerdings wäre für eine Abschaffung der Abschiebehaf an sich der Bund am Zuge. Eine Bundesratsinitiative von Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, dessen rot-grün geführte Landesregierung laut Koalitionsvertrag die Abschiebehafanstalt in Rendsburg schließen will, soll nun eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes erreichen.

Bis dahin sollen alle Ermessensspielräume ausgenutzt werden und – als allerletztes Mittel – die Menschen in einer »geeigneten geschlossenen Einrichtung« unterkommen. Ein Modell, das auch in den Ländern Rheinland-Pfalz oder Berlin ein gangbarer Kompromiss bis zu einer Änderung des Aufenthaltsgesetzes sein könnte.

Gestern im Kanzler spielt auf, Frauen Männer mit Schlipps ein, andere stecken manuskripte ein. Amtssitz hat, gab es eine neue Auftragsauftragte der (CDU), hat zur Verleihen geladen. Einer der Musiker, unrasiert kommt die Medaille linge verliehen. Er sammen die Band »ungewöhnlicher V der Verleihung.

Für die Auszeichnung von den Grünen im auch auf ihn gefalle: ausgelöst. Denn der ter Vergangenheit a gelben Migrationsp ohne Grund: Mit den gangenen Jahr 80 die unmenschlicher wie die Menschen v gungsfreiheit eingegeschoben werden. Lager schlummerte wachgeküst werde Er trommelte die N ihnen auf Tournee.

Als Ratz die M nimmt, wirkt er etw zwischen beiden, di zu spüren ist. Böhnung zu wahren unc zu behandeln. Doch spannt als die Redner – auch im Umg; Irgendwie ist der Hugo-Boss-Anzügler Schuhen fehl am Pla

Auch das, was R in die Blöcke diktie was die übrigen Pr von der Auszeichnung und, sondern tut sic gesteht Ratz. Eine A die für die verfehlt antwortung trägt, d ter. Auch gestern k bedingungen der Si Doch Ratz verbinde dass die »Refugees« und so ihre Problem den. Und wer weiß nem Umdenken bei urteile gegenüber Fl

Insgesamt wurd die sich durch ihr E um die Integration heißt. Für ihren Ei religiösem Dialog u Sonja Brogiato, Nu bert und Johann Ko Sahin und Mübecce Arbeit mit Frauen lipp Kohl wurde di verliehen.

Als Heinz Ratz zu mer zwei Flüchtling und einen Afghanen ihn wird es so schne